

Eine Rede des Ministerpräsidenten.

Lebensmittel zu herabgesetzten Preisen.

Gestern vormittags fand, wie bereits kurz berichtet, beim Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinić eine Besprechung in Angelegenheit der von der Regierung geplanten Konfiskation zur Erleichterung der Lebensführung der mindestens bemittelten Volksschichten statt. Anwesend waren: Minister Dr. Baernreither, Minister für Landesverteidigung Generaloberst Freiherr v. Georgi, Finanzminister Dr. v. Spitzmüller, Minister Oth. Höfer, Statthalter Freiherr von Bieleben, Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit Obermagistratsrat Dönt, Polizeipräsident Freiherr v. Gorup, Frau Emmy freundlich, Frau Helene Granitsch, Gräfin Gertrude Walterskirchen, Frau Berta Weiskirchner, Maschinenmeister Becher, die Reichsratsabgeordneten Dr. Dinghofer, Ederich und Dr. Freißler, Gemeinderat Gruber (Ding), Gewerkschaftssekretär Muchitsch, Vizepräsident Kaske Brunn, Oberlandesrat Dr. Neuner, die Reichsratsabgeordneten Dr. Kerner, Dr. Smeral und Banek sowie Kanzleidirektor Dr. Buch.

Das Programm des Ministerpräsidenten.

Die Linderung der Existenzsorgen.

Ministerpräsident Graf Clam-Martinić eröffnete die Besprechung mit folgenden Ausführungen:

„Ich gestatte mir, die verehrte Versammlung namens der Regierung zu begrüßen und Ihnen, geehrte Damen und Herren, für Ihr Erscheinen wärmstens zu danken.

Der Grund, der die Regierung beranlagt hat, Sie aufzufordern, heute hier zu erscheinen, ist folgender: Der Kampf ums Dasein hat Formen angenommen und Erscheinungen gezeigt, denen die Regierung nicht mit verschrankten Armen zusehen kann noch will. Es ist Pflicht der Regierung, in dieser schwersten aller Zeiten, jenen, auf denen die Existenzsorgen am schwersten lasten, zur Seite zu stehen, so gut sie irgendwie kann. In dem fürchterlichen Verteidigungskampfe, den wir durchzuführen haben, hat nicht nur der Mann im Schützengraben das Allerbeste getan an Erfüllung der Pflicht gegenüber dem Vaterlande, auch das Hinterland hat Großartiges geleistet in nicht rastender Arbeit und im geduldigen Ertragen aller schweren Opfer. Und da läßt sich nicht leugnen, daß es heute weite Schichten der Bevölkerung gibt, für die das Ertragen aller Entbehrungen und Erschwernisse ungemein drückend geworden ist; und dies wirkt um so härter, als es andererseits feststeht, daß manchenorts wieder nicht nur von keinem Darben gesprochen werden kann, sondern daß manche Schichten noch im Ueberflusse leben. Hier ist es meines Erachtens heute Pflicht der Regierung, einzugreifen, um zwischen Ueberfluß und Elend einen Ausgleich zu schaffen.

Zwei Arten von Elend.

Ich glaube, daß man hier von zwei Arten von Elend sprechen muß. Erstens von jenem, das durch zeit- und stellenweise eintretenden Mangel an Lebensmitteln entsteht, und hier muß die Staatsverwaltung soweit als möglich durch Beschaffung von Lebensmitteln helfen.

Aber wir haben speziell eine zweite Kategorie von Elend vor Augen, nämlich jenes, das dort herrscht, wo zwar genügend Lebensmittel vorhanden, dieselben jedoch nur um solche Preise zu erhalten sind, daß sie für breite Schichten der Bevölkerung unerschwinglich und infolgedessen für sie nicht zu haben sind. In diesen Fällen wäre die Möglichkeit vorhanden, dadurch abzuheilen, daß durch Mittel, die der Staat zur Verfügung stellen müßte — und ich kann Ihnen mitteilen, daß Seine Excellenz der Herr Finanzminister sich dazu bereit erklärt hat —, jene Lebensmittel für die ärmsten Schichten der Bevölkerung sichergestellt und zu einem bedeutend herabgesetzten Preise zugänglich gemacht würden, so daß die Lebensführung dieser Kreise wesentlich erleichtert würde.

Die Organisation der Hilfeleistung.

Nun handelt es sich um zwei Fragen:

1. Wie werden jene Kreise der Bevölkerung erfaßt, die diese staatliche Hilfe am dringendsten brauchen, wobei auch die weitere Frage zu beantworten sein wird, auf welche Gebiete sich diese Fürsorge zu erstrecken habe?; und

2. auf welche Art und Weise wird in der früher erwähnten Richtung für die Bezugserleichterung und für die Verbilligung der Lebensbedürfnisse am zweckentwackendsten vorgehrt?

Ueber diese Fragen möchten wir heute Ihre Ansicht, Ihren Rat hören, wobei ich bemerke, daß im weiteren Verlauf der Besprechung der Herr Finanzminister sich erlauben wird, Ihnen seine Vorschläge in der Angelegenheit der Unterhaltsbeiträge vorzubringen.

Die erwähnten zwei Fragen sind von allergrößter momentaner Wichtigkeit und die Regierung hofft, wenigstens eine ziemliche Besserung in diesen Belangen erzielen zu können.

Aufgaben der sozialen Fürsorge.

Aber, verehrte Versammlung, das sind zwei Fragen, herausgenommen aus dem ganzen großen Komplex, den wir als unser sozialpolitisches Programm bezeichnet haben. Und wenn ich heute die Gelegenheit habe, vor einer größeren Anzahl von Vertretern des öffentlichen Lebens zu sprechen, so sei mir gestattet, etwas näher darauf einzugehen. Lassen Sie mich die wichtigsten Aufgaben der sozialen

Fürsorge, die, im Kriege zu so eminenter Bedeutung herangewachsen, in den Zeiten nach dem Kriege erst in ihrer ganzen Schwere und ihrem ganzen Gewicht an uns herantreten werden, einmal zusammenfassend gruppieren.

Dies sind die Fragen der Volkshygiene, der Jugendfürsorge, der Invalidenfürsorge, der Sozialversicherung, der Wohnungsfürsorge und des Arbeitsmarktes.

Bezüglich der Volkshygiene möchte ich nur auf den Kampf gegen die Volksleiden hinweisen und die hohe Wichtigkeit der Tuberkulosebekämpfung erwähnen; ein Gebiet, auf dem die Folgen des Krieges wohl lange nachwirken werden und wo mit aller Energie zuzugreifen nicht nur unsere Pflicht, sondern auch eine der dankenswertesten Aufgaben ist.

In der Jugendfürsorge ist uns Ihre Majestät, unsere allergnädigste Kaiserin, beispielgebend und begeisternd vorgegangen. Es wird ein neues Jugendamt gegründet werden, dessen Arbeitsgebiet sich auf die gesamte Jugendfürsorge vom Säuglingsschutz bis zur Fürsorge für die schulentlassene Jugend und zum Kampfe gegen die Verwahrlosung der Jugend erstrecken wird.

Und da lassen Sie mich etwas sagen, was sich nicht nur auf die Jugendfürsorge bezieht; das gilt für alle Gebiete der sozialen Fürsorge: Das sind Aufgaben, die nicht der Staat allein und die nicht das öffentliche Leben allein lösen können. Nur das Zusammenwirken beider kann eine gedeihliche Arbeit verbürgen. Und dieses Zusammenwirken wollen wir eifrig anstreben. So sollen alle vereinsmäßigen und gesellschaftlichen Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendfürsorge zusammengefaßt und in engen Kontakt gebracht werden mit der diesbezüglichen staatlichen Tätigkeit. Der Kaiserin Rita-Jugendfürsorgefonds soll das Zentrum werden für die diesbezügliche Betätigung der öffentlichen Wohltätigkeit.

Was die Invalidenfürsorge betrifft, so nenne ich als ihre wichtigsten Aufgaben nur die Nachbehandlung und Schulung der Invaliden, deren Berufsberatung, die Arbeitsvermittlung und die Ansiedlung in Kriegerheimstätten.

Auversichtliche Ausblicke.

Und wenn ich noch einige Worte über die Sozialversicherung sagen darf, über die Notwendigkeit ihrer Reform und ihres Ausbaues, über die Wichtigkeit der Alters- und Invalidenversicherung — wenn ich aus den Fragen der Wohnungsfürsorge die Förderung des Baues von Kleinwohnungen, die Frage der Kriegerheimstätten, aus den Fragen des Arbeitsmarktes die Regelung der Auswanderung, die Ausgestaltung der Arbeitsvermittlung heraushebe, so bleibt mir nur noch ein großes Gebiet zu erwähnen — das ganze Gebiet der Ernährungs politik.

Heute leben wir in einer Notlage und müssen trachten, durchzukommen; und wir werden durchhalten — zwar mit großen Entbehrungen und Opfern, aber wir werden durchkommen, und endlich „es muß doch Frühling werden“ — und die Donau wird offen sein, und rumanisches Getreide wird kommen und mit ihm, so Gott will, eine bedeutende Erleichterung der Ernährungsfrage.

Aber endlich wird der Friede doch kommen, und da dürfen wir uns nicht der Illusion hingeben, daß mit diesem Augenblick die Nahrungsfragen gehoben sein werden. Da wird es dann heißen, eine vernünftige Produktionspolitik mit einer ebensolchen Konsumpolitik in Einklang zu bringen. Auch das ist ein Gebiet unermesslich großer Aufgaben.

Zusammenwirken von Staat und Gesellschaft.

Ich habe mir erlaubt, Ihnen mit kurzen Worten eine Zusammenfassung der sozialpolitischen Aufgaben der Regierung zu entwerfen. Wir gehen an diese Aufgaben mit dem uns stärkenden Bewußtsein, daß die gedeihlichste Lösung dieser Fragen Seiner Majestät, unserem allergnädigsten Kaiser, im Interesse der Bevölkerung vor allem anderen am Herzen liegt. Alle diese Fragen werden von der Regierung mit eifrigem Eifer bearbeitet, und wenn wir bisher nicht viel davon gesprochen haben, so kommt dies daher, daß wir unsere Zeit zum Arbeiten brauchen. Aber so, wie ich früher erwähnt, daß die einzelnen sozialen Fragen nicht vom Staate allein und nicht von der Gesellschaft allein, sondern nur von beiden zusammen gelöst werden können, so kann die Regierung aus ihrem Arbeitszimmer heraus auch nicht allein an die Lösung aller dieser Probleme schreiten. Sie kann dieselben nur lösen mit der Bevölkerung zusammen, und gestatten Sie, daß ich Sie noch einmal an die von uns bei Uebernahme der Regierung abgegebene Erklärung erinnere, die sagte, daß wir den Weg zum Parlament finden wollen, und ich möchte dies heute wiederholen mit der aufrichtigen Hoffnung, daß dies bald möglich sein wird.“

Nach dieser Ansprache des Ministerpräsidenten entwickelte sich über die zur Erörterung gestellten Fragen eine eingehende Debatte, an der sich alle Erschienenen lebhaft beteiligten.

Provisorische Maßnahmen der Landesregierungen.

Am Schlusse der Sitzung resümierte der Ministerpräsident die zum Ausdruck gebrachten Meinungen und stellte in Aussicht, daß die Regierung an die Landesregierungen unterteilt in dem Sinne Weisungen ergehen lassen wird, daß sie an der Hand des Ergebnisses der Besprechung und nach Fühlungnahme mit der betreffenden bestehenden Organisation unmittelbar provisorische Maßnahmen zu dem Zwecke treffen, um den durch den Krieg am schwersten betroffenen Schichten der Bevölkerung, speziell in der nächsten Zeit die Versorgung mit Lebensmitteln, namentlich mit Fleisch, zu erleichtern. Die hierzu notwendigen Geldmittel werden den

Landesregierungen vom Finanzminister zur Verfügung gestellt.

Bezüglich der Schaffung der definitiven Organisation, die vom Amte für Volksernährung bereits eingeleitet ist, werden die Landesregierungen ihre Vorschläge binnen vierzehn Tagen der Regierung zu erstatten haben.